

PRESSEINFORMATION

16. Juli 2015

**Workshop Papenhuder Straße/Hofweg: Fünf Planungsvarianten vorgestellt
Maximale Parkplätze oder mehr Platz, mehr Verkehrssicherheit und
mehr Aufenthaltsqualität für alle?**

Am Mittwochabend fand die öffentliche Präsentation erster Ergebnisse des Beteiligungsworkshops Papenhuder Straße/Hofweg statt. Vorgestellt wurden insgesamt fünf Varianten zur Umgestaltung des Straßenzugs, die die 30 Mitglieder des Workshops (je hälftig die Mitglieder des Regionalausschusses und Vertreter dreier lokaler Initiativen) bei zwei Terminen erarbeitet hatten. Ebenfalls nach Themenblöcken sortiert und vorgestellt wurden Rückmeldungen zur Umgestaltung, die vor dem ersten Workshoptermin Ende April an eine dafür eingerichtete E-Mailadresse gesandt worden waren.

Vier der vorgestellten Entwürfe hatten als Grundlage die Anordnung von Tempo 30 bei gleichzeitigem Mischverkehr (alle Fahrzeuge, auch Fahrräder, teilen sich die Fahrbahn gleichermaßen), ein Entwurf sah beidseitig Schutzstreifen und dabei explizit keine Festlegung auf Tempo 30 oder Tempo 50 vor.

Im Anschluss an die Präsentation konnten die knapp einhundert anwesenden Bürgerinnen und Bürger an den einzelnen Stationen mit den verschiedenen Arbeitsgruppen des Workshops diskutieren und ihre Anregungen hinzufügen.

Alexander Kleinow, Sprecher der SPD-Regionalausschussfraktion, erklärt dazu: *„Wir begrüßen das alle Arbeitsgruppen gleichermaßen vorsehen, dass die Gehwege saniert und verbreitert sowie Bäume gepflanzt werden sollen. Auch die Einrichtung von Lieferzonen im Umfeld von Unternehmen, die regen Lieferverkehr haben, halten wir für sehr sinnvoll.“*

Noch zurückhaltend sind wir, was die ausschließliche Fokussierung auf Tempo 30 bei den meisten Arbeitsgruppen angeht. Grundsätzlich befürworten wir eine Entschleunigung des Straßenverkehrs in untergeordneten Straßen und Wohnstraßen – also auch in der Papenhuder Straße. Doch muss eine Tempobeschränkung immer von der Polizei als Straßenverkehrsbehörde angeordnet werden. Diese untersteht aber nicht der Bezirkspolitik. Zudem galt in Hamburg bisher immer: Wo Metrobusse fahren, ordnet die Polizei nicht Tempo 30 an. Es ist daher fraglich, ob dem Wunsch nach Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit entsprochen werden wird.“

Es ist zudem offensichtlich, dass Tempo 30 von der Initiative als Argument benutzt wird, auf Schutzstreifen für den Radverkehr zu verzichten. Denn dann entfielen auch die sonst aus Platzgründen nötige Umwandlung der Schrägparkplätze in Längsparkplätze. Die Bezirkskoalition ist davon überzeugt, dass ohne das Angebot von Schutzstreifen die Radfahrerinnen und Radfahrer nicht dazu bewegt werden können, von den Fußwegen auf

die Fahrbahn zu wechseln. Dort gefährden sie aber nach wie vor Passantinnen und Passanten und sich selbst, da dort fahrende Räder beim Abbiegen leicht übersehen werden.

Christoph Reiffert, Sprecher in der GRÜNEN Regionalaussschussfraktion, stellt fest: *„Im Ergebnis wäre bei Tempo 30 ohne Schutzstreifen für die Sicherheit und die Aufenthaltsqualität praktisch nichts gewonnen. Wenn Parkplatzerhalt gegen die Verkehrssicherheit steht, ist für uns klar, welches Gut wir höher schätzen!“*

Mit Erstaunen mussten wir insgesamt feststellen, dass das Thema Kfz-Parken für Anwohnerinnen und Anwohner in vier der fünf Entwürfe absolut im Vordergrund steht. Zwar wurden beispielsweise auch einige Fahrradhäuschen vorgesehen – doch fast immer dort, wo kein Kfz-Stellplatz betroffen ist und unabhängig davon, ob diese dort überhaupt sinnvoll sind.

Aus unserer Sicht fehlen in den meisten Entwürfen noch effektive Maßnahmen für Verbesserungen im Bereich des Rad- und Fußverkehrs. Wenn hier nicht noch -unter Einbeziehung der noch nicht ausgewerteten Rückmeldungen des gestrigen Abends- nachgebessert wird, halten wir es für fraglich, dass der im Kompromiss mit der „Volksinitiative Stopp des Busbeschleunigungsprogramms“ fixierte Auftrag, in jedem Fall Verbesserungen für Rad- und Fußverkehr zu erzielen, hier eingehalten wird.“

Über die Sommerferien werden die Rückmeldungen des heutigen Abends gebündelt und aufbereitet werden, so dass ab September am Abschluss des Beteiligungsverfahrens gearbeitet werden kann.